

Das österreichische Völkerproblem.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Wien, 21. Juni.

Ueber die Krise kann man verantwortlich nur unter Vorbehalt Meldung erstatten, da die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Die Richtung, in der sie sich bis heute vormittag bewegte, dürfte den Ausbau des bisherigen Kabinetts, und zwar durch Einennung mehrerer Landsmannminister bedeuten. Das heißt, die Entwicklung der Regierung in ein engeres und weiteres Kabinett, um im Sinne eines Bundesministeriums möglichst vielen Nationen direkten Einfluß auf die Regierung zu verschaffen. Die Tendenz geht zunächst dahin, die nationalen Parteien zu einer Arbeitsmehrheit zusammenzuschließen, was zur Befriedigung der Polen in dem gestern abend gemeldeten Sinne, der Südslawen und Ruthenen im Verein mit den Deutschen möglich werden soll. So sollen sechs Minister ohne Portefeuille nur zu dem Zwecke der Wahrung ihrer nationalen Ansprüche in die Regierung eintreten. Dagegen sollen die im Kriege besonders wichtigen Ministerien der Finanzen, der Eisenbahnen, des Innern und der Landesverteidigung den deutschen Fachbeamten verbleiben. Es wäre dies also durchaus keine parlamentarische Verwaltung, wohl aber ein politisch parlamentarischer Zuwachs. Man möchte dadurch das Parlament zu einem Burgfrieden wenigstens in dem Maße bestärken, als jetzt noch von einem Burgfrieden gesprochen werden kann.

Daß so umfassende Neuregelungen plötzlich durch einen unerwarteten Anstoß hervorgerufen werden könnten und buchstäblich von heute auf morgen improvisiert werden sollen, bleibt unbedenklich. Man versteht nur schwer, warum dies alles nicht in monatelangen Verhandlungen vor Eröffnung des Reichsrats sorgsam ausgearbeitet wurde. Indessen war bei der Verworrenheit und Gefährlichkeit des gegenwärtigen Zustandes jede Einigung willkommen. Ohne den altherwürdigen Handel mit Zugeständnissen geht es auch diesmal nicht vorwärts.

Die Polen haben auch gestern vornehmlich mit Spikmüller verhandelt. Sie sollen ihrer Milliarde so ziemlich sicher sein. Ferner sollen sie den Landsmannminister und, nach einer anderen Version, noch zwei Portefeuilles erhalten. Ein Gegengewicht soll durch einen ruthenischen Landsmannminister geschaffen werden, als welcher Lewicki genannt wird. Doch fordern die Polen daraufhin zwei Landsmannminister. Auch mit den Südslawen ist man im großen einig, und ihr Führer Korosec geht heute nachmittag zum Kaiser. Bei beiden Völkern ist aber nur eine Milderung der Opposition zu erreichen, denn ihre grundsätzliche oppositionelle Stellung behalten sie sich trotzdem vor, ein nur in Oesterreich mögliches und verständliches Vorgehen, daß eine mitregierende Nation der Regierung Opposition macht. Den vierten Landsmannminister sollen die zu der Unio latina vereinigten Italiener und Rumänen erhalten.

Nur die Tschechen, mit deren Führern Graf Clam-Martinić gestern und heute stundenlang verhandelte, bleiben unbeugsam in voller und leidenschaftlicher Ablehnung aller Pläne und Anträge, so daß die Hauptfrage, die deutsch-tschechische, vorläufig wieder unentschieden bleibt. Die Regierung hat jede Nachgiebigkeit wegen der eingesperrten Abgeordneten den Tschechen gegenüber verweigert und soll entschlossen sein, die Stelle eines tschechischen Landsmannministers, wenn sie weiter unbeugsam bleiben, einer ihnen nahestehenden Persönlichkeit aus dem Herrenhause einzuräumen. Doch dürfte der Fall des eingesperrten Abgeordneten Kofac der Regierung noch große Schwierigkeiten bereiten.

Die Deutschen selbst, die vorläufig geschlossen vorgehen, haben ihre Zustimmung zu dem Bundesministerium für den Fall gegeben, daß die Einzelheiten des Planes ihren nationalen Bestehand gesichert lassen. Die Christlich-Sozialen haben eine Beteiligung mit der formellen Begründung abgelehnt, sie hielten die Zeit für ein parlamentarisches Ministerium für ungeeignet, doch verlangt der Nationalverband evtl. noch einen deutsch-böhmischen und einen alpenländischen Landsmannminister. Nachdem die Regierung durch Einigung mit den Polen das Budget in Sicherheit gebracht zu haben scheint, will sie diese plötzliche und eilige Ausarbeitung ihrer eigenen Grundlagen wenigstens nicht in 48 Stunden überstürzen, und da das Budget heute nicht erledigt werden dürfte und nach der neuen Geschäftsordnung morgen wieder in das Plenum des Hauses kommen wird, so wird sich morgen wahrscheinlich das unerwartete Schauspiel ergeben, daß im Rahmen der fortgesetzten Budgetdebatte im Plenum des Hauses die Parteien sich zu einer Ministerkrise äußern werden, die noch gar nicht beigelegt ist.

Emil Ludwig.